

# Spezialkommission Polzeireglement

2604

## Bericht zum Entwurf des neuen Polzeireglements

### Ausgangslage

In der Sitzung vom 22. Juni 2009 überwies der Einwohnerrat das Geschäft Nr. 2604 Totalrevision Polzeireglement einstimmig an eine 7er Spezialkommission. Der Entwurf des neuen Polzeireglements ist gemäss den Erläuterungen des Gemeinderates „möglichst schlank gehalten“ und „lehnt sich eng an das kantonale Polzeigesetz vom 28. November 1996 an. Er enthält mit Ausnahme von §16 keine Bestimmungen zu Bereichen, die bereits durch das übergeordnete Recht geregelt werden, (...) nur die für die Arbeit der Gemeindepolizei unabdingbaren Bedingungen. Vom Polzeigesetz der Gemeinde Pratteln nicht übernommene Regelungen wurden als überflüssig erachtet. Der dem Einwohnerrat vorgelegte Entwurf ist strukturiert und möglichst verständlich verfasst.“

### Zusammensetzung der Kommission

- Peter Häring (Präsidium); FDP
- Karin Hess; SVP
- Urs Schneider; SVP
- Yvonne Meier; SP
- Mauro Pavan; SP
- Emanuel Trueb; CVP
- Christoph Zwahlen; U/G
- Ariane Liebrich; Aktuariat

### Dank

Die Spezialkommission Polzeireglement dankt der vorbereitenden Arbeitsgruppe und dem Gemeinderat für die enorme Arbeit bei der Ausarbeitung des Entwurfs, aber auch für die Bemerkungen zu einzelnen Paragraphen, die das Verständnis wesentlich erleichterten.

### Auftrag

Die Spezialkommission verstand ihren Auftrag wie folgt:

- Sie berät und diskutiert den vorliegenden Entwurf und klärt allfällige Fragen.
- Sie prüft, ob der Entwurf weiter gekürzt werden könnte resp. erweitert werden müsste.

### Beratung

Die Kommission setzte sich in vier Sitzungen intensiv mit dem Entwurf des neuen Polzeireglements auseinander und notierte sich Verständnisfragen sowie Diskussionspunkte.

Die Verständnisfragen konnten von der Aktuarin, Frau Ariane Liebrich, die bei der Ausarbeitung des Entwurfs mitgewirkt hatte, von Frau Yvonne Keller vom Rechtsdienst sowie vom zuständigen Gemeinderat, Herrn Ruedi Brassel, kompetent und überzeugend beantwortet werden.

Die Kommission verglich auch den Entwurf mit dem noch gültigen Polizeireglement von 1977 und prüfte, ob wirklich nur „Überflüssiges“ gestrichen worden war. Sie kam zum Schluss, dass der Entwurf des neuen Polizeireglements zwar knapper gehalten ist, jedoch lediglich Veraltetes und Phrasenhaftes gestrichen und darauf verzichtet worden war, übergeordnetes Recht zu wiederholen, alles bis ins Detail zu regeln oder auf jeden Einzelfall einzugehen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Kommission sich grundsätzlich mit dem Entwurf des neuen Polizeireglements einverstanden erklären kann. Wie bereits in den Erläuterungen des Gemeinderates ausgeführt, wird es den Bedürfnissen der Gemeindepolizei zur Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben gerecht, schützt aber auch die im Bereich von polizeilichen Eingriffen wichtigen Rechte der Einzelnen.

Die Änderungsanträge, die in der Kommission nach ausführlichen Diskussionen beschlossen wurden, sind im Folgenden knapp begründet und in einer Synopse (in der rechten Spalte) dem Entwurf gegenübergestellt.

### § 3 Grundsätze polizeilichen Handelns

Die Reihenfolge der beiden Absätze ist unlogisch. Der Verweis auf das übergeordnete Recht als Grundlage des polizeilichen Handelns (kantonales Polizeigesetz) gehört in Absatz 1.

#### Änderungsantrag:

| § 3 Grundsätze polizeilichen Handelns                                                                                                                                                                                                                                                              | § 3 Grundsätze polizeilichen Handelns                                                                                                                                                                                                                                                              |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><sup>1</sup> Fehlen besondere Bestimmungen, trifft die Polizei jene Massnahmen, die zur Beseitigung einer erheblichen Störung oder zur Abwehr einer unmittelbar drohenden, erheblichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für Mensch, Tier und Umwelt notwendig sind.</p> | <p><sup>1</sup> Für das polizeiliche Handeln der Gemeindepolizei gelten die Bestimmungen des kantonalen Polizeigesetzes<sup>2</sup>.</p>                                                                                                                                                           |
| <p><sup>2</sup> Das polizeiliche Handeln der Gemeindepolizei richtet sich im Übrigen nach den Grundsätzen des polizeilichen Handelns des kantonalen Polizeigesetzes<sup>1</sup>.</p>                                                                                                               | <p><sup>2</sup> Fehlen besondere Bestimmungen, trifft die Polizei jene Massnahmen, die zur Beseitigung einer erheblichen Störung oder zur Abwehr einer unmittelbar drohenden, erheblichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für Mensch, Tier und Umwelt notwendig sind.</p> |

<sup>1</sup> SGS 700  
<sup>2</sup> SGS 700

§ 6 Ausweispflicht der Gemeindepolizei

Es ist wichtig, dass jede angehaltene Person ihren Anspruch darauf geltend machen darf, Namen und Dienststelle der handelnden Angehörigen der Gemeindepolizei zu erfahren, wenn nicht zum Zeitpunkt der Anhaltung, so später. Die Einschränkung, „ (...) sofern dies die Umstände zulassen“ ist deshalb in Absatz 1 zu streichen.

**Änderungsantrag:**

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 6 Ausweispflicht der Gemeindepolizei</b></p> <p><sup>1</sup> Jede angehaltene Person hat Anspruch darauf, Namen und Dienststelle der handelnden Angehörigen der Gemeindepolizei zu erfahren, sofern dies die Umstände zulassen.</p> <p><sup>2</sup> Angehörige der Gemeindepolizei in Zivil weisen sich vor jeder Amtshandlung mit dem Polizeiausweis aus, sofern dies die Umstände zulassen.</p> | <p><b>§ 6 Ausweispflicht der Gemeindepolizei</b></p> <p><sup>1</sup> Jede angehaltene Person hat Anspruch darauf, Namen und Dienststelle der handelnden Angehörigen der Gemeindepolizei zu erfahren.</p> <p><sup>2</sup> Angehörige der Gemeindepolizei in Zivil weisen sich vor jeder Amtshandlung mit dem Polizeiausweis aus, sofern dies die Umstände zulassen.</p> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

§ 8 Polizeiliche Anordnungen und Vorladungen

In Absatz 2 muss sowohl auf die Möglichkeit der Vorführung als auch auf die einer Busse hingewiesen werden.

**Änderungsantrag:**

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 8 Polizeiliche Anordnungen und Vorladungen</b></p> <p><sup>2</sup> Leistet eine Person einer Vorladung ohne hinreichenden Grund keine Folge, wird sie gebüsst und kann polizeilich vorgeführt werden. In der Vorladung muss auf die Möglichkeit der Vorführung hingewiesen werden.</p> | <p><b>§ 8 Polizeiliche Anordnungen und Vorladungen</b></p> <p><sup>2</sup> Leistet eine Person einer Vorladung ohne hinreichenden Grund keine Folge, wird sie gebüsst und kann polizeilich vorgeführt werden. In der Vorladung muss auf die Möglichkeit einer Busse und der Vorführung bei Nichtbeachtung hingewiesen werden.</p> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

§ 10 Zutrittsrechte

In Absatz 2 muss ergänzend erwähnt werden, wie vorzugehen ist, wenn die betroffene Person nicht anwesend ist.

**Änderungsantrag:**

|                                                                                                                                                                        |                                                                                                                                                                                                                                    |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 10 Zutrittsrechte</b></p> <p><sup>2</sup> Die Durchsuchung wird soweit möglich in Anwesenheit jener Person durchgeführt, welche die Sachherrschaft ausübt.</p> | <p><b>§ 10 Zutrittsrechte</b></p> <p><sup>2</sup> Die Durchsuchung wird soweit möglich in Anwesenheit jener Person durchgeführt, welche die Sachherrschaft ausübt. Ist sie abwesend, so muss ein Vertreter oder eine Vertrete-</p> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

|  |                                                        |
|--|--------------------------------------------------------|
|  | rin oder ein Zeuge oder eine Zeugin beigezogen werden. |
|--|--------------------------------------------------------|

§ 11 Störung der Sicherheitsorgane

Absatz 2 ist im übergeordneten Polizeigesetz klarer formuliert. Er sollte deshalb im Wortlaut übernommen werden.

**Änderungsantrag:**

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 11 Störung der Sicherheitsorgane</b></p> <p><sup>2</sup> Die Gemeindepolizei kann vorübergehend Personen von einem Ort wegweisen oder fernhalten, wenn sie ernsthaft und unmittelbar gefährdet sind, Einsätze zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere durch Polizeikräfte, Feuerwehr oder Rettungsdienste, behindern oder die Gemeindepolizei an der Durchsetzung von Anordnungen hindern.</p> | <p><b>§ 11 Störung der Sicherheitsorgane</b></p> <p><sup>2</sup> Die Gemeindepolizei kann vorübergehend Personen von einem Ort wegweisen oder fernhalten, wenn sie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. ernsthaft und unmittelbar gefährdet sind;</li> <li>b. Einsätze zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere durch Polizeikräfte, Feuerwehr oder Rettungsdienste, behindern;</li> <li>c. die Gemeindepolizei an der Durchsetzung vollstreckbarer Anordnungen hindern.</li> </ul> |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

§ 12 Polizeilicher Zwang

Wie im kantonalen PolG sollte auch im neuen Polizeireglement erwähnt werden, dass polizeilicher Zwang nur im Rahmen der Verhältnismässigkeit angewendet werden darf.

**Änderungsantrag:**

|                                                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                                                                                                      |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 12 Polizeilicher Zwang</b></p> <p>Die Gemeindepolizei ist befugt, polizeilichen Zwang anzuwenden. Die Zulässigkeit richtet sich nach den Bestimmungen der kantonalen Polizeigesetzgebung<sup>3</sup>.</p> | <p><b>§ 12 Polizeilicher Zwang</b></p> <p>Die Gemeindepolizei ist befugt, im Rahmen der Verhältnismässigkeit polizeilichen Zwang anzuwenden. Die Zulässigkeit richtet sich nach den Bestimmungen der kantonalen Polizeigesetzgebung<sup>4</sup>.</p> |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

§ 14 Verunreinigung öffentlichen Grundes

Zu Absatz 3: Es ist unwesentlich, wie häufig die nächste Umgebung von Ladenlokalen und Imbissbetrieben gereinigt wird, es muss einfach sauber sein.

**Änderungsantrag:**

<sup>3</sup> SGS 700 und SGS 700.11

<sup>4</sup> SGS 700 und SGS 700.11

|                                                                                                                                                                                                                                          |                                                                                                                                                                                                                                |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 14 Verunreinigung öffentlichen Grundes</b></p> <p><sup>3</sup> Ladenlokale und Imbissbetriebe, welche Esswaren und Getränke über die Strasse verkaufen, sind zur regelmässigen Reinigung der nächsten Umgebung verpflichtet.</p> | <p><b>§ 14 Verunreinigung öffentlichen Grundes</b></p> <p><sup>3</sup> Ladenlokale und Imbissbetriebe, welche Esswaren und Getränke über die Strasse verkaufen, sind zur Sauberhaltung der nächsten Umgebung verpflichtet.</p> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

§15 Pflanzen und Zäune

Das absolute Verbot von Stacheldraht steht im Widerspruch zur eidgenössischen Tierschutzverordnung, die Stacheldrahtzäune für die Haltung von Lamas und Alpakas sowie für die Pferdehaltung verbietet, doch für alle anderen Weidetiere uneingeschränkt erlaubt. Viehweiden sollten deshalb vom Verbot ausgenommen werden.

**Änderungsantrag:**

|                                                                                                                                                                                                                |                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 15 Pflanzen und Zäune</b></p> <p><sup>3</sup> Das Anbringen von Einzäunungen, die Personen oder Tiere schädigen können, wie insbesondere Stacheldraht, ist auf dem ganzen Gemeindegebiet verboten.</p> | <p><b>§ 15 Pflanzen und Zäune</b></p> <p><sup>3</sup> Das Anbringen von Einzäunungen, die Personen oder Tiere schädigen können, wie insbesondere Stacheldraht, ist auf dem ganzen Gemeindegebiet verboten. Vom Verbot ausgenommen sind Einzäunungen landwirtschaftlich genutzter Viehweiden.</p> |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

§19 Benutzung öffentlichen Grundes

Zu Absatz 4: Es ist nicht einzusehen, weshalb das Lagern von Gegenständen auf öffentlichem Grund über Sonn- und Feiertage nicht erlaubt sein soll. Diese Einschränkung ist zu streichen.

**Änderungsantrag:**

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 19 Benutzung öffentlichen Grundes</b></p> <p><sup>4</sup> Die vorübergehende Lagerung von Gegenständen auf öffentlichem Grund ist höchstens während drei Tagen und nicht über Sonn- und Feiertage erlaubt. Der Verkehr darf durch die vorübergehende Lagerung nicht behindert werden. Gelagerte Gegenstände sind zu signalisieren und bei Nacht nötigenfalls zu beleuchten.</p> | <p><b>§ 19 Benutzung öffentlichen Grundes</b></p> <p><sup>4</sup> Die vorübergehende Lagerung von Gegenständen auf öffentlichem Grund ist höchstens während dreier Tage erlaubt. Der Verkehr darf durch die vorübergehende Lagerung nicht behindert werden. Gelagerte Gegenstände sind zu signalisieren und bei Nacht nötigenfalls zu beleuchten.</p> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

§ 20 Schusswaffenähnliche Instrumente und Schiesspulver

Absatz 2 ist missverständlich formuliert und lässt den Schluss zu, an gewöhnlichen Tagen seien „Böllerschüsse oder Schiesspulver“ ohne Bewilligung erlaubt.

### Änderungsantrag:

|                                                                                                                                                                                                                             |                                                                                                                                                                                                                                                 |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>§ 20 Schusswaffenähnliche Instrumente und Schiesspulver</b><br><br><sup>2</sup> Die Verwendung von Böllerschüssen oder Schiesspulver für die Feier historischer Anlässe oder ähnlicher Bräuche bedarf einer Bewilligung. | <b>§ 20 Schusswaffenähnliche Instrumente und Schiesspulver</b><br><br><sup>2</sup> Die Verwendung von Böllerschüssen oder Schiesspulver ist nur für die Feier historischer Anlässe oder ähnlicher Bräuche erlaubt und bedarf einer Bewilligung. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

### Marschübungen und Bummel

Zur Fasnacht gehören nicht nur Marschübungen und Bummel, sondern auch Veranstaltungen an den eigentlichen Fasnachtstagen. Dazu fehlt eine Regelung. Andererseits ist es nicht einleuchtend, weshalb anders als im Reglement von 1977 auch ortsansässige Cliques neu Bewilligungen für Marschübungen einholen müssen.

### Änderungsantrag:

|                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>§ 28 Marschübungen und Bummel</b><br><br><sup>1</sup> Acht Wochen vor Fasnacht sind Marschübungen mit Bewilligung gestattet.<br><br><sup>2</sup> An den festgelegten Bummelsonntagen ist das Musizieren im Freien unter Einhaltung der Mittags- und Nachtruhezeiten gestattet. | <b>§ 28 Fasnacht, Marschübungen und Bummel</b><br><br><sup>1</sup> Die Prattler Fasnacht ist auf die Zeit vom Sonntag Mittag bis Mittwoch 24.00 Uhr und auf Samstag Abend der Basler Fasnachtswache beschränkt.<br><br><sup>2</sup> Acht Wochen vor Fasnacht sind Marschübungen ausserhalb des Wohngebiets mit Bewilligung gestattet. Von dieser Bewilligungspflicht ausgenommen sind ortsansässige Cliques.<br><br><sup>3</sup> An den festgelegten Bummelsonntagen ist das Musizieren im Freien unter Einhaltung der Mittags- und Nachtruhezeiten mit Bewilligung gestattet. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

### § 30

### Lichtimmissionen

In Absatz 1 ist für Aussenbeleuchtungen eine Zeitschaltuhr vorgeschrieben. Die Kommission erachtet es als wichtig, dass Aussenbeleuchtungen nicht unbegrenzt brennen, meint jedoch, dass zur Begrenzung nicht zwingend und ausschliesslich Zeitschaltuhren vorgeschrieben werden sollten.

### Änderungsantrag:

|                                                                                                    |                                                                                                    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>§ 30 Lichtimmissionen</b><br><br><sup>1</sup> Bei der Installation starker Lichtquellen ist auf | <b>§ 30 Lichtimmissionen</b><br><br><sup>1</sup> Bei der Installation starker Lichtquellen ist auf |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Dritte Rücksicht zu nehmen. Aussenbeleuchtungen müssen gegen oben abgeschirmt, nach unten ausgerichtet und mit einer Zeitschaltuhr versehen sein. Die Beleuchtung von Objekten hat zielgerichtet und lichteffizient zu erfolgen. Davon ausgenommen sind Weihnachtsbeleuchtungen vom 20. November bis 6. Januar. | Dritte Rücksicht zu nehmen. Aussenbeleuchtungen müssen gegen oben abgeschirmt, nach unten ausgerichtet und zeitlich begrenzt sein. Die Beleuchtung von Objekten hat zielgerichtet und lichteffizient zu erfolgen. Davon ausgenommen sind Weihnachtsbeleuchtungen vom 20. November bis 6. Januar. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

§ 32 Fahrverbote und Verkehrsbeschränkungen

~~Absatz 3 ist bereits im übergeordneten Waldgesetz geregelt und kann deshalb gestrichen werden.~~

|                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                                                                                                                                    |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>§ 32 Fahrverbote und Verkehrsbeschränkungen</b><br><br><sup>3</sup> Reiten ist auf befestigten und nicht mit einem Reitverbot versehenen Wegen gestattet. Auf Spaziergänger ist Rücksicht zu nehmen. | <b>§ 32 Fahrverbote und Verkehrsbeschränkungen</b><br><br><del><sup>3</sup> Reiten ist auf befestigten und nicht mit einem Reitverbot versehenen Wegen gestattet. Auf Spaziergänger ist Rücksicht zu nehmen.</del> |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

**3. Antrag der Spezialkommission:**

Das neue Polizeireglement ist gemäss beiliegendem Entwurf zu genehmigen.

Für die Kommission: